



# Compatibilité climatique

## Personalvorsorgekasse der Stadt Bern PVK

### Charakterisierung

Die PVK liegt mit einem Anlagevolumen (Ende 2021) von rund 3 Mia. CHF schätzungsweise im Bereich der Top 70 bis 100 der Pensionskassen der Schweiz.

### Nachhaltigkeits-/ESG-Politik

Im Personalvorsorgereglement der Stadt Bern ist festgelegt, die PVK müsse ihr Handeln nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichten. Entsprechend hat sie Prinzipien der Nachhaltigkeit publiziert und Ende 2019 eine ESG-Strategie Finanzanlagen verabschiedet, die sich im Wesentlichen an den Ausschlusskriterien des SVVK orientiert und die Handlungssache des Aktionärsdialogs (Engagement) in den Vordergrund stellt. Konzeptionell stützt sich die ESG-Strategie vorderhand auf die Bestandesaufnahme der Nachhaltigkeit ihrer Wertschriftenanlagen ab.

Aus dem Geschäftsbericht 2018 geht hervor, dass die PVK als ersten Schritt Ende 2018 die Beteiligungen an Unternehmen ausgeschlossen hat, die geächtete Waffen (Atomwaffen, Streumunition und Antipersonenminen) herstellen. Damit ist sie, gemäss ihrer ESG-Strategie, in Linie mit den Ausschlusskriterien des SVVK.

Wie die PVK in ihrer Stellungnahme auf Anfrage der Klima-Allianz (Mai 2020) präzisiert, habe sie diese Ausschlüsse proaktiv von ihren Vermögensverwaltern verlangt.

In Umsetzung ihrer ESG-Strategie, liess die PVK, wie dem Geschäftsbericht 2018 und den nachfolgenden der Jahre 2019, 2020 und 2021 zu entnehmen ist, ESG-Analysen ihres Anlageportfolios durch den Dienstleister yourSRI/FEfundinfo.ex.CSSP durchführen. Die Ergebnisse wurden in der Verwaltungskommission zusammen mit CSSP besprochen. Mit der erwähnten Stellungnahme an

die Klima-Allianz präzisiert die PVK, sie lasse diese Analysen seit 2017 auf ihren Aktien- und Obligationenportfolios durchführen. Sie erfassen sowohl Einzeltitel als auch Kollektivanlagen (Fonds und börsengehandelte ETF's, Exchange Traded Funds). Die yourSRI-Berichte von FEfundinfo/ex.CSSP würden im Anlagekomitee zusammen mit ihr diskutiert und Massnahmen getroffen.

Per September 2020 ergänzte die PVK ihre Anlageverordnung mit neuen, umfassenden Detail-Bestimmungen zur "ESG-Strategie Finanzanlagen".

### Berücksichtigung der Klimarisiken als Teil der ESG-Politik, Beachtung des Rechtsgutachtens NKF

Die Berücksichtigung von Klimarisiken im Anlageprozess ist gemäss dem Rechtsgutachten von NKF Teil der Sorgfaltspflicht.

Die PVK anerkennt die Klimarisiken aufgrund ihrer ESG-Strategie Finanzanlagen, indem ein Klimarisikobericht eingeplant ist. Mit der erwähnten Stellungnahme (Mai 2020) präzisiert die PVK, seit 2018 werde eine Klimarisikobewertung auf sämtlichen Aktien- und Anleihenmandaten – wiederum auf Einzeltitel als auch auf Basis sämtlicher kollektiver Kapitalanlagen – vorgenommen. Auch die Ergebnisse der Klimarisikoanalysen seien in der Verwaltungskommission zusammen mit der CSSP besprochen worden.

### Getätigte Schritte der Dekarbonisierung des Portfolios

Gemäss den Geschäftsberichten 2019 und 2020 wie auch besagter Stellungnahme an die Klima-Allianz ist ihre CO<sub>2</sub>eq-Intensität (Aktien und Obligationen) 6-7% tiefer als der Marktbenchmark.

Der Geschäftsbericht 2021 informiert, dass die CO<sub>2</sub>eq-Intensität (Aktien und Obligationen), gemessen wiederum durch yourSRI, um rund 21%

tiefer ist als der Marktbenchmark. Dies wurde erreicht durch die Umschichtung der Aktien Emerging Markets in nachhaltigere Anlagegefässe.

Neu schichtete die PVK gemäss Geschäftsbericht 2022 "Obligationenanlagen" in ein nachhaltigeres Anlagegefäss um. Die Messung 2022 durch FEfundinfo ergab mit 84'000 t finanzierten absoluten CO<sub>2</sub>eq-Emissionen einen Wert, der um 25% tiefer liegt als der Customized Benchmark mit 113'000 t. Die gewichtete CO<sub>2</sub>eq-Intensität liegt mit 128 t CO<sub>2</sub>eq pro Mio, CHF Umsatz um 19% tiefer als als der Customized Benchmark mit 157 t CO<sub>2</sub>eq/Mio. CHF.

Gemäss Geschäftsbericht 2022 investiert die PVK 60 Mio. CHF in institutionelle Infrastrukturfonds, die ihre Investitionen mit Fokus auf saubere Energie tätigen, und in ein – nicht näher identifiziertes – institutionelles Private-Equity-Gefäss für – nicht näher bezeichnete – "wirkungsorientierte Investitionen". Die Klima-Allianz postuliert, dass etwa die Hälfte davon in die klar umrissene Aktivität "Clean Energy" geflossen sind. Diese "Impact Investments" entsprechen demnach rund 1% der Aktiven.

#### Mitgliedschaft in Vereinigungen für Nachhaltigkeit

Die PVK ist Mitglied des ETHOS Engagement Pool Schweiz und des ETHOS Engagement Pool International.

#### Klimawirksames Engagement und Stimmrechtsausübung (Ausland, Schweiz)

Als Mitglied des ETHOS Engagement Pool Schweiz hat sich die PVK insbesondere an zwei namhaften und erfolgreichen Engagement-Initiativen beteiligt: im Falle von Nestlé erwirkte Ethos das Say on Climate, also die Vorlage der Konzern-Klimastrategie an der Generalversammlung 2021, und veranlasste bei Holcim die Erstellung eines Say on Climate Reports für die Generalversammlung 2022.

Als Mitglied des ETHOS Engagement Pool International war die PVK insbesondere am seit Juni 2018 laufenden, nunmehr beendigten mehrjährigen Verpflichtungsprogramm beteiligt, in dem 8 europäische Elektrizitätsunternehmen aufgefordert wurden, sich auf eine kohlenstoffarme Zukunft vorzubereiten.

In diesem Rahmen wurde die PVK auch aktive Mitbeteiligte der von Investoren geleiteten globalen Engagement-Initiative Climate Action

100+, welche die 167 grössten Treibhausgasemittenten mit 80% der globalen CO<sub>2</sub>eq-Emissionen anvisiert. Wichtige Handlungssachse der Initiative ist: "An important component of company commitments on climate change is the formation of comprehensive business strategies that fully align with the goals of the Paris Agreement and reaching net-zero emissions by 2050 or sooner". Die im ETHOS Engagement Pool International gebündelten aktiven Pensionskassen bringen sich gemäss den Tätigkeitsberichten von Ethos als "Participant" im Rahmen einer Arbeitsteilung mit einer eigenen Vertretung in den Unternehmensdialog mit vereinbarten Unternehmen ein, besprechen Zielvorgaben und Massnahmen zur Zielerreichung und rapportieren den Fortschritt. Wie die Progress Reports der Climate Action 100+ zeigen, sind erste Fortschritte bei mehreren Unternehmen erkennbar. Der Prozess, die Engagement-Arten und -Tools, inhaltliche Forderungen, Meilensteine und Fortschrittmessung sind transparent festgelegt. Inhaltliche Forderungen sind die Integration eine Klima-orientierten Governanz in das Business-Managementssystem der Unternehmen (einschliesslich der Ausrichtung des Lobbyings auf die Unterstützung einer klimapositiven Politik), die Offenlegung der Klimarisiken gemäss den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures der G20 (TCFD) und die Festlegung eines Dekarbonisierungspfad über die gesamte Wertschöpfungskette, der in Linie mit dem Klimaziel von 2°C des Pariser Klimaabkommens ist.

Als Mitglied der Investor Decarbonization Initiative von ShareAction ist die PVK zudem Teil der koordinierten Klima-Dialogführung mit dem Ziel, dass Unternehmungen 100 % erneuerbare Energie verwenden, ihre Energieeffizienz steigern und auf elektrische Mobilität umsteigen.

Schliesslich sendet die Unterzeichnung des 2021 Global Investor Statement to Governments on the Climate Crisis, organisiert durch den globalen Zusammenschluss The Investor Agenda ein starkes Signal an die Regierungen und die Politik aller Länder. Über 450 globale Investoren, darunter führende institutionelle Anleger, fordern die Regierungen auf, die immer krisenhafter wirkende Lücke in den Gesetzgebungen zur Erreichung des 1.5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens zu schliessen.

Es findet keine Stimmrechtsausübung bei (fossilen) Unternehmen im Ausland statt.

- Es ist wünschenswert, dass die PVK ihre Aktionärsstimmrechte auch im Ausland ausübt und transparent publiziert. Somit könnte sie insbesondere bei den fossilen Unternehmen eine synergistische Wirkung in Kombination mit ihren Engagement-Aktivitäten erzielen.

### Messung des CO2-Fussabdrucks oder des finanziellen Klimarisikos mit Szenarioanalyse

Die PVK lässt ihr Aktien- und Obligationenportfolio seit mehreren Jahren durch FEFundinfo messen (s.oben)

### Planung weitergehender Massnahmen zur Dekarbonisierung auf Portfolioebene

Die PVK hat keine Absicht bekanntgegeben, einen Paris-kompatiblen Dekarbonisierungspfad festzulegen.

---

### Schlussfolgerung:

Nachhaltige und klimaverträgliche Pensionskasse:

- Nachhaltigkeitsstrategie Finanzanlagen auf der Basis von ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) und der Ermittlung von CO2-Fussabdruckdaten vorhanden.
- Dekarbonisierungsleistung seit 2021 mit Reduktion der CO2-Intensität der Aktien- und Obligationenportfolien im Vergleich zum Weltmarktdurchschnitt um rund einen Fünftel.
- Green Impact Investments mit rund 1% der Aktiven.
- Die PVK praktiziert die aktive Aktionärsbeeinflussnahme im Rahmen des ETHOS Engagement Pool International, insbesondere auch mit aktiver Teilnahme an der Climate Action 100+, und des ETHOS Engagement Pool Schweiz.



### Tendenz 2020-2023:

Bewertung: sehr viel besser

- Mit ihren Prinzipien zur Nachhaltigkeit, mit ihren weit gediehenen Umstellungen auf nachhaltigere und klimapositivere Fonds auf einem guten Teil der Wertschriften, mit ihrem Engagement, das auch das Feld der fossilen Energien einschliesst, und mit ihrem merklichen Impact Investing ist die PVK mit ihren Aktien und Obligationen auf einem Pfad, der nach heutigem Stand als in Linie mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens eingestuft werden kann – max. 1.5°C bis 2050.
- Die konkreten Massnahmen zur Dekarbonisierung der Aktien und Obligationen lassen den eingeschlagenen Pfad der PVK recht gut im Einklang erscheinen mit den aktuell fortgeschrittensten Bestimmungen des Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance.
- Ausstehend ist noch die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik zu einem ambitionierteren Dekarbonisierungspfad des Portfolios mit Ziel Netto-Null spätestens 2050, beruhend auf Zwischenzielen in Linie mit dem Target Setting Protocol der UN-convened Net Zero Asset Owners Alliance.
- Damit das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1, 5°C zu begrenzen, so schnell wie möglich eingehalten werden kann, ist bis 2025 eine Reduktion um mindestens 22%, besser noch 32%, gegenüber 2020 erforderlich, und bis 2030 eine Senkung um 49%, besser noch 65%.
- Diese Reduktionsziele des Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance sind absolut und beziehen sich auf die eigenen finanzierten CO2eq-Emissionen im Jahr 2020. Sie sollten nicht im Vergleich zum globalen Referenzmarkt festgelegt werden. Der üblicherweise hohe Anteil an inländischen, weniger CO2eq-intensiven Investitionen sollte nicht dazu benutzt werden, vergleichsweise schwache Dekarbonisierungsmaßnahmen zu rechtfertigen.
- Gemäss dem Target Setting Protocol der UN convened Net Zero Asset Owners Alliance ist ebenfalls das Hochfahren des "Impact Investing" (Climate Solution Investment/Financing Transition Investments) empfohlen.



### Politische Aktivitäten

2016: Interpellation der GB/JA! und GFL/EVP Fraktion (Katharina Gallizzi GB, Marcel Wüthrich GFL, Bettina Jans-Troxler EVP) im Stadtparlament zum finanziellen Risiko bei fossilen Investitionen. Obwohl die PVK der Stadt Bern eine öffentlich-rechtliche Institution ist, antwortet die Regierung ausweichend, da die Pensionskasse autonom entscheiden soll und keine Weisungsbefugnis bestehe. Dies steht jedoch im Gegensatz zur Aussage von Prof. Kieser und Dr. Saner in „Vermögensanlage von Vorsorgeeinrichtungen“, Allgemeine Juristische Praxis, 2017.

November 2017: In ihrem Ablehnungsantrag zur analog gelagerten interfraktionellen Motion „Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion“ argumentiert die Regierung wiederum, das Bundesrecht erlaube ihr nicht, Vorgaben an die Kasse zu machen, die die Anlagepolitik betreffen. Durch die Presse darauf angesprochen, dass das Rechtsgutachten Kieser und Saner das Gegenteil aussage, reagiert die Regierung überrascht. Tatsächlich hat die Exekutive der Stadt Luzern als Antwort auf eine gleichlautenden Initiative entschieden, in Kenntnis des Gutachtens weitere Abklärungen zu tätigen. Die Stadtberner Regierung

will deren Ausgang abwarten (~~Bericht~~ zur Personalvorsorgekasse in „Der Bund“). Nachtrag September 2018: sie nimmt dazu Stellung in ihrer Antwort auf die interfraktionelle Interpellation Marcel Wüthrich zu den anlagestrategischen Kompetenzen des Parlamentes (siehe unten).

Weiterhin sagen Regierung und Kasse aus: „Eine Reduktion der Investitionen in kontroverse und CO<sub>2</sub>-intensive Unternehmen liesse sich erzielen, wenn eine breite Basis von Anlagestiftungen und Fondsanbietern kostengünstige, indexierte und passive Anlageprodukte anbieten würde, die den Environment-Social-Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) und dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss entsprechend Rechnung tragen. Diese Produkte müssen ein sehr hohes Anlagevolumen aufweisen, damit sie die Investitionssummen der PVK problemlos aufnehmen, investieren und allenfalls auch wieder desinvestieren können. Zudem müssten sich die Ertrags- und Risikokennzahlen dieser Anlageprodukte nahe an den Werten der traditionellen indexierten Vermögensanlagen bewegen“.

Dies steht jedoch im Widerspruch zur Aussage des Bundesrates in seiner ~~Antwort auf eine Interpellation~~ von FDP-Ständerat Raphaël Comte, dass sich mit klimaverträglichen Investitionsstrategien marktkonforme Renditen erzielen lassen und dass der Markt schon heute klimafreundliche Anlageprodukte anbietet, mit denen sich in gängigen Finanzanlagen gebundene Emissionen um 10 bis 90 Prozent verringern liessen. Er verweist dabei auf den ~~BAFU-Report „Klimafreundliche Investitionsstrategien und Performance (2016)“~~, der insbesondere auch marktgängige indexbasierte Fonds listet (S. 49-50).

April 2018: Interfraktionelles ~~Postulat~~ Marcel Wüthrich (GFL) „Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse“ eingereicht.

April 2018: Die parallel deponierte interfraktionelle ~~Interpellation~~ Marcel Wüthrich (GFL) sucht Klärung zur Frage „Welche anlagestrategischen Kompetenzen hat der Stadtrat gegenüber der Personalvorsorgekasse?“

September 2018: Die Exekutive der Stadt Bern ~~empfiehlt dem Stadtparlament das interfraktionelle Postulat Marcel Wüthrich (GFL) für eine Klimastrategie der PVK zur Annahme~~. Damit ist sie im Unterschied zu früheren negativen Haltungen gegenüber proaktiver Einflussnahme auf die PVK (siehe oben) in diesem Fall positiv eingestellt. Sie

befürwortet die Prüfung einer Klimastrategie, die aufgrund anerkannter finanzieller Klimarisiken der kohlenstofflastigen Wertschriften eine zügige Dekarbonisierung des Wertschriftenportfolios samt impliziter, prioritärer Entfernung der Produzenten fossiler Brennstoffe anvisiert.

September 2018: Die Exekutive ~~beantwortet~~ die interfraktionelle Interpellation Marcel Wüthrich (GFL) über die anlagestrategischen Kompetenzen des Parlamentes wiederum ausweichend und mutlos. Sie zieht sich hinter die Existenz kontroverser Rechtsgutachten zum Thema zurück, verzichtet jedoch etwa darauf, die explizite Frage „Welche ... Möglichkeiten (*in Bezug auf die Einhaltung der ESG-Kriterien*) hat der Gemeinderat via seinen Finanzdirektor, der Kraft seines Amtes Präsident der Verwaltungskommission ist“, mit der Bekräftigung seines Einsatzwillens für eine vorwärtsorientierte nachhaltige Anlagepolitik zu beantworten. Anlässlich der Traktandierung der Antwort im Parlament im Mai 2019 erklären sich die Interpellanten als nicht zufrieden.

Dezember 2018: ~~Überparteiliche Interpellation~~ Adrian Tanner und Mitunterzeichnende im Gemeindeparlament Ostermundigen „~~Wie steht es mit der Nachhaltigkeit bei den Anlagen der PVK Bern?~~“

Februar 2019: in ihrer ~~Antwort~~ zur Interpellation Tanner gibt die Exekutive von Ostermundigen die detaillierte und transparente Stellungnahme der PVK wieder. Die Kasse schreibt, sie hätte eine CO<sub>2</sub>-Analyse in Auftrag gegeben und sich an einem Workshop über die Resultate orientieren lassen. Es gebe aber heute keine demokratisch legitimierten Prinzipien, auf die sich die PVK abstützen könne. Ihre Anlageberater hätten empfohlen, keine voreiligen Umschichtungen bei ihren „bewährten Anlageprodukten“ (passive, indexbasierte Fonds) vorzunehmen. Die Kasse meint, es gäbe keine für sie passende Anlagegefässe, die neben der breiten Diversifikation ein genügend grosses Volumen, tiefe Kosten und ein optimales Rendite/Risiko-Verhältnis aufweisen. Sie müsse auch den Fonds wechseln können, wenn der Fondsmanager eine ungenügende Performance erbringe.

Die PVK ist eine unterfinanzierte Kasse und somit besonders den finanziellen Klimarisiken ausgesetzt. Es ist deshalb wenig nachvollziehbar, dass sie ihre Kriterien für das optimale Rendite/Risiko-Verhältnis im Feld des CO<sub>2</sub>-intensiven Sektors nicht insoweit anpasst, als dass die bei ihren Leistungserbringern – also den Anbietern der Fonds und deren

Fondsmanager, dasselbe einfordert, was sie in Bezug auf den Ausschluss von geächteten Waffen (Atomwaffen, Streumunition und Antipersonenminen) bereits erreicht hat. Es wäre naheliegend, aufgrund klarer Kriterien etwa vorab die Rohstoffproduzenten mit Kohleanteil >10 % ausschliessen zu lassen, so wie es andere Pensionskassen bereits umgesetzt haben.

Juni 2019: entsprechend der Empfehlung der Exekutive vom September 2018 (siehe oben) ~~überweist~~ das Stadtparlament das interfraktionelle Postulat Wüthrich (GFL) für eine Klimastrategie mit Dekarbonisierung des Portfolio mit grosser Mehrheit. Exekutive und PVK sind nun gefordert, Fortschritte vorzuweisen.

Mai 2019: die Exekutive der Stadt Bern stellt einen ~~„Erweiterten Handlungsplan Klima“~~ vor. Unter anderem will sie „einen Prozess initiieren, um das Vermögen des Gemeinwesens der Stadt Bern als erste Stadt der Schweiz möglichst CO2-frei bewirtschaften zu können“. Die PVK ~~wird hierbei einbezogen~~. Sie und die Finanzdirektion sind gefordert, proaktiv klimaverträgliche Lösungen zu suchen, ihre defensive Haltung (siehe oben) aufzugeben und zusammen mit ihren Peers, etwa den übrigen städtischen Pensionskassen der Schweiz, deren Anlagestil (Verwendung von Fonds) ähnlich ist, nach Lösungen zu suchen. Der Finanzdirektor, Vizepräsident der Verwaltungskommission der PVK, ~~sagt an~~, es gelte das Ziel, dass Bern die erste Stadt ist, die ihr Vermögen klimaneutral bewirtschaftet.

Juni 2019: ~~Interpellation~~ Marcel Wüthrich (GFL) „Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse?“ Der Vorstoss verweist auf die Tatsache, dass ~~Investitionen am Marktdurchschnitt, aber ohne fossile Energieträger mehr rentiert haben und auf Erkenntnisse, dass grünes statt braunes (fossiles,~~

~~CO2-lastiges) Investieren mehr Rendite bringt~~. Die PVK ist nun gefordert, grüne Lösungswege für ihre Fondsanlagen vorzustellen.

September 2019: Die PVK und die Exekutive verneinen in ihrer ~~Antwort~~ auf die Interpellation Wüthrich vom Juni 2019 die finanziellen Klimarisiken. Sie behaupten, wenn eine Branche wie die fossilen Energien in der Vergangenheit weniger rentiert habe als der Marktdurchschnitt, bedeute dies nicht, dass sie nicht in Zukunft wieder überdurchschnittliche Erträge abwerfe. Dass der Klimawandel irreversibel ist und die grüne Energietransition das Geschäftsmodell der Unternehmen der fossilen Energien unumkehrbar beendet, blendet die PVK aus. Immerhin antwortet die PVK auf die entsprechende Frage, dass sie verschiedene neue nachhaltige Anlagegefässe investiere, beispielsweise im Bereich nachhaltige Energieproduktion, Energieeffizienz und Energieinfrastruktur.



#### Dialog zwischen Versicherten und Kasse

Kontaktgruppe PVK DIVEST

Dezember 2018: die Kontaktgruppe PVK DIVEST sendet im Namen der PVK-Teilnehmenden bei ~~renten-ohne-risiko.ch~~ ein Schreiben an die Kasse. Sie stellt fest, dass sich die PVK bislang im Rahmen ihrer reglementarischen Bestimmungen zur Nachhaltigkeit nicht mit den finanziellen Klimarisiken beschäftigt hat. Sie erwartet von der PVK eine Klimastrategie mit der Desinvestition fossiler Brennstoffe als ersten Schritt.

Dezember 2018: die PVK ~~antwortet~~, dass sie bis Ende 2019 eine Nachhaltigkeitsstrategie ausarbeite, und Umsetzungsvarianten mit Mitsprachemöglichkeiten bei Unternehmen prüfen sowie Partner für die Überprüfung evaluieren werde.